

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

222 (22.9.1951)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frel Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landemann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pfg. — (Preisliste Nr. 1.) (Tel. aufgegeben. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 22. September 1951

Nr. 212

„Man darf uns nicht einfach verheizen“ Friedner zur Frage des Wehrbeitrags — Schlußstück unter dem 20. Juli

Bonn (UP). Der erste Vorsitzende des Verbandes deutscher Soldaten (VdS), Hans Friedner, erklärte vor der ausländischen Presse in Bonn, er werde sich niemals mit einem deutschen Wehrbeitrag einverstanden erklären, wenn nicht vorher eindeutig klar sei, wofür und mit welchen Mitteln die künftigen deutschen Soldaten kämpfen sollten. Mit dem sozialdemokratischen Oppositionsführer Dr. Schumacher sei er darüber hinaus einer Meinung, daß die Alliierten zuerst einmal ihre strategische Konzeption zu erkennen geben müßten, ehe an einen deutschen Verteidigungsbeitrag gedacht werden könne. „Man darf die Deutschen nicht wieder hineinwerfen in den Krieg und einfach verheizen“, meinte Friedner. Er persönlich sei der Ansicht, daß deutsche Einheiten auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht aufgebaut werden müßten, da man auf der Basis der Freiwilligkeit nur Abenteuer und „Versorgungswilliger“ bekommen werde.

Friedner, ehemaliger Befehlshaber der Armeegruppe Südost im Rußlandkrieg, sprach von bitteren Erfahrungen mit Koalitionssarmenten im Krieg gegen die Sowjets, meinte aber, daß eine Europa-Armee seiner Ansicht nach schon in der Lage sein könnte, einem Angriff der Roten Armee standzuhalten. Weiter setzte sich Friedner für eine Auslösung der ehemaligen Soldaten mit den Widerstandskämpfern des 30. Juli 1944 „im Sinne des gemeinsamen Ziels“ ein. Friedner betonte, daß er den politischen Mord als Soldat und Christ besonders dann ablehne, wenn an der Front um Sein oder Nichtsein gekämpft werde. Auf der anderen Seite wisse er jetzt, daß die Widerstandskämpfer aus sittlicher Verpflichtung und aus Patriotismus gehandelt und sich zu dem Entschluß, ein Attentat zu verüben, durchgerungen hätten. Die Ordnungsfrage sei seiner Ansicht nach unbedeutend und wenn es nach ihm ginge, so sollte man Orden überhaupt abschaffen. Die Berechtigung, wieder Kriegsauszeichnungen tragen zu dürfen, werde aber für Tausende von Soldaten und Hunderte von Kriegswitwen eine „stolze Bestätigung ihrer Opfer“ sein.

Hessischer Streik beendet

Frankfurt (UP). Der vierwöchige Streik der hessischen Metallarbeiter ist nach einer Erklärung der Industriergewerkschaft Metall durch das Ergebnis der Urabstimmung als beendet anzusehen. Bei der Urabstimmung haben sich nur 39 050 Mitglieder, das sind 63,3% der insgesamt 61 888 streikenden Arbeiter und Angestellten, für die Ablehnung des Schönbberger Vermittlungsvorschlages ausgesprochen. Insgesamt wurden 49 315 Stimmen abgegeben. Da die Satzung der IG Metall für die Bundesrepublik in Paragraph 15 bestimmt, daß ein Streik nur dann fortgeführt werden kann, wenn sich mindestens 75 Prozent der am Streik beteiligten Mitglieder dafür aussprechen, ist die Voraussetzung für die Fortdauer des Streikes nicht mehr gegeben. Für die Annahme des Vorschlages stimmten 9368 Arbeiter.

Mordanschlag auf hohen Beamten

München (UP). Auf den Vizepräsidenten des Landesentscheidungsamtes Bayern, Heinrich Pfüger, wurde ein Mordanschlag verübt. Der Täter, ein gelisteskranker Mann, stürzte mit gezücktem Messer auf Pfüger, konnte aber abgewehrt und festgenommen werden. Pfüger erlitt keine Verletzungen. Der Attentäter war bereits zweimal in einer Anstalt.

Europäische Post-Union vorgeschlagen Schubert auf der Aachener Post-Konferenz

Aachen (UP). Die Bildung eines europäischen Postminister-Rats und eines europäischen Post-Parlamentes hat Bundespostminister Schubert auf der internationalen Post-Konferenz vorgeschlagen, die jetzt in Aachen begann. Neben den Präsidenten der Oberpostdirektionen der Bundesrepublik nahmen an der Konferenz, die bis zum 22. September dauern soll, Delegierte der französischen, belgischen, luxemburgischen und holländischen Postverwaltungen teil.

Eine solche Postunion verlange die Einführung einheitlicher Inlandsgebühren für alle Mitgliedstaaten, eine einheitliche europäische Briefmarke, Verzicht auf Durchgangsgeldern, Vereinheitlichung und Vereinfachung der Zollbestimmungen und der Anweisungen im Luftpostwesen und Geldverkehr, sowie einen weiteren Ausbau des Selbstwählbetriebes im Fernsprech- und Fernschreibdienst.

Schweizerinnen dürfen nicht wählen

Bern (UP). Der schweizerische Ständerat (erste Kammer) lehnte das Gesetz über die Stimmberechtigung und Wählbarkeit der Frauen ab. Der Nationalrat (zweite Kammer) hatte das Gesetz bereits angenommen. In den zahllosen Argumenten, die gegen die Stimmberechtigung der Frau vorgebracht wurden, hieß es auch, zuviele Schweizer heirateten ausländische Mädchen, die dann Schweizer Staatsangehörige würden und meistens nur wenig Interesse an der Schweizer Politik zeigten.

Deutsch-europäische Konferenz eröffnet

Deutschland soll ein Bestandteil der europäischen Gemeinschaft werden

Hamburg (UP). Die deutsch-europäische Konferenz wurde durch den Präsidenten der Europäischen Bewegung, Paul Henri Spaak, im großen Festsaal des Hamburger Rathauses eröffnet. „Wir brauchen für die europäische Bewegung großzügige, kühne und aktive Menschen“, erklärte Spaak in seiner Begrüßungsansprache.

Zu den Aufgaben der Tagung erklärte Spaak, man wolle sich darüber unterhalten, wie Deutschland zu einem Bestandteil Europas werden könne. Auf keinen Fall dürfe der Eindruck erweckt werden, als ob es sich um eine Intervention von außen in eine innerdeutsche Entscheidung handele. Letzten Endes habe sich Deutschland selber zu entscheiden.

Prof. Carlo Schmid richtete an die Deutschen den Appell, nicht zu schnell zu vergessen, damit die Zukunft auf besseren Fundamenten aufgebaut werden könne als in der Vergangenheit. Deutschland akzeptiere alles, was notwendig sei, die Vergangenheit zu liquidieren. Es akzeptiere aber nichts, was überflüssig sei und was die Zukunft behindern könnte, selbst wenn es psychologisch noch so verständlich wäre. Die Sieger würden den Fehler begehen, zu glauben, den Frieden von heute mit dem Blick auf die Vergangenheit meistern zu können. Es könne kein Europa ohne Deutschland, ohne das ganze Deutschland geben, betonte der Redner. Deutschland werde sich niemals für den totalitären Osten gegen den Westen entscheiden, versicherte der Redner. Nach Ansicht Carlo Schmid ist der Bau Europas nur dann möglich, wenn Deutschland vorher in die Lage versetzt wird, sich frei für alle damit verbundenen Verzicht zu entscheiden. Es sei eine erlaubte Forderung Deutschlands, daß seine Partner dieses Land für ebenso verteidigungswürdig halten wie ihre eigenen Länder. Deutschland müsse folglich in allen Gremien vertreten sein, die über das europäische Potential verfügen.

Nach Beendigung der Generaldebatte gab Spaak die Schaffung von drei Arbeitskommissionen bekannt, die sich mit folgenden Themen befassen werden: 1. Die psychologischen Schwierigkeiten, die sich aus der Vergangenheit ergeben. 2. Was heißt Gleichheit der Rechte und Pflichten? 3. Grundlagen und Grenzen der europäischen Gemeinschaft, in die Westdeutschland eingereicht werden soll.

FDP fordert volle Gleichberechtigung Bedeutungvolle Entscheidungen auf dem FDP-Parteitag - Partnerschaft statt Mitbestimmung

München (UP). Der Bundesparteitag der FDP hat sich in einer Entschließung für die

volle Gleichberechtigung der Bundesrepublik in einer freien europäischen Völkergemeinschaft ausgesprochen. Nur dann könne ein Verteidigungsbeitrag geleistet werden, erklärte August Martin Euler zu diesem Thema. Gleichzeitig forderte die FDP die Eingliederung eines „freien, in rechtsstaatlicher Ordnung wieder vereinigten Deutschlands“ in die Gemeinschaft der freien Völker Europas. Im gleichen Zusammenhang riefen die 300 Delegierten den Bundestag und die Bundesregierung auf, bei den Westmächten darauf zu dringen, daß die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen freigegeben, die noch schwebenden Kriegsverbrecherprozesse eingestellt und die Vollstreckung schon ergangener Urteile in Kriegsverbrecherprozessen geprüft werden.

Die Delegierten begrüßten den Zusammenschluß der Soldatenbünde. Sie forderten darüber hinaus die Errichtung eines außenpolitischen Institutes und die Ernennung eines parlamentarischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt. In diesem Zusammenhang verlangten sie eine sorgfältige Personalpolitik im Auswärtigen Amt.

Vizekanzler Blücher bekannte sich in einer mehrstündigen Rede zur sozial verpflichtenden Marktwirtschaft. Er hob die Leistungen des Bundes in den letzten Jahren hervor und erklärte, Deutschland stehe vor einem neuen Abschnitt seiner Wirtschaftspolitik. Regierung und Parteien seien bereit, die deutsche Währung „mit Klauen und Zähnen“ zu verteidigen. Blücher trat erneut für Investitionshilfe für Kohle und Eisen ein und forderte zu größerer Sparsamkeit auf.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der FDP, August Martin Euler, griff die Politik der SPD scharf an. Der Weg des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher sei ein Weg zur Schaffung eines neuen Nationalsozialismus auf marxistischer Grundlage. Der Fraktionsvorsitzende wandte sich auch scharf gegen die Gewerkschaften. Er forderte die Sicherung der Koalitionsfreiheit und Streik-Einschränkung durch ein Gesetz. Die FDP werde, erklärte Euler, konsequenter Gegner des Mitbestimmungsrechtes sein. Die FDP schlage der Arbeiterschaft die „Partnerschaft“ vor.

Der Vizepräsident des Bundestages, Dr. Hermann Schäfer, sagte zur Entnazifizierung, man müsse das Recht eines politischen Irrtums zugestanden werden. Der politische Irrtum leite jedoch nicht das Recht auf politische Führung ab. August Martin Euler verlangte von den Deutschen Großmütigkeit in der Entnazifizierung, genau wie das deutsche Volk Großmütigkeit von den Alliierten fordere.

Schuman für übernationale Behörde

Für eine gemeinsame Außenpolitik Europas - Dr. Schumacher lehnt ab

Ottawa (UP). Der französische Außenminister Schuman kündigte in einer Rede über den kanadischen Rundfunk an, daß er zu gegebener Zeit die Bildung einer „übernationalen Behörde“ vorschlagen werde, die zur europäischen Regierung werden solle. Kurs darauf erklärte Schuman in einem Interview mit United Press, die „übernationale Behörde“, wie sie ihm vorschwebt, solle die gemeinsame Außenpolitik Europas für die Verteidigung des Friedens formulieren.

Nationale Grenzen gehörten der Vergangenheit an, sagte Schuman in seiner Rundfunkansprache. Die westeuropäischen Völker sollten ihre Fähigkeiten und Hilfsquellen in einen Topf werfen und gemeinsam daran gehen, die Demokratie zu verteidigen und einen höheren Lebensstandard zu ermöglichen. „Es ist heute mehr denn je wahr, daß sich keine Nation, so stark sie auch sein mag, sich ungestraft von der Außenwelt abschließen kann — auf sich allein gestellt könnte sie so einen Zustand nicht überleben. Nur durch gemeinsames Zusammenwirken können die Nationen ihre Nöte befriedigen, Arbeitslosigkeit vermeiden und ihre naturgegebenen Möglichkeiten voll ausnutzen.“ Das gleiche gelte auf militärischem Gebiet.

Diesen Vorschlag Schumans nannte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher in Bonn einen weiteren Plan für die Befriedigung französischer Wünsche und Interessen. Während der Schumanplan die wirtschaftliche Kraft Deutschlands der französischen Verfügungsgewalt unterstellen solle, verfolge der Plevanplan auf militärischem Gebiet dasselbe Ziel. Diese Festlegung der Machtverhältnisse solle nach der Meinung Schumachers ihre politische Konsequenz im Rahmen einer französisch dirigierten Außenpolitik Westeuropas in einer solchen Oberinstanz finden.

Dr. Schumacher fuhr fort: Der angekündigte dritte Schritt lasse erkennen, daß drei Ziele französischer Machtpolitik die Motive seien: 1. Man wolle das Unrecht der Wegnahme der Saar von Deutschland jetzt europäisch sanktionieren. 2. Man wolle die wirtschaftlichen und möglichen militärischen Kräfte Deutschlands nach eigenem Nationalinteresse lenken. 3. Man beabsichtige, die Frage der deut-

schen Einheit nach französischen Bedürfnissen zu behandeln, das hieße für unabsehbare Zeit zu verhindern, ein Europa unter den so geschaffenen tatsächlichen Bedingungen der Ungleichheit könne seiner Aufgabe der Abwehr des östlichen Totalitarismus nicht gerecht werden.

Dagegen versicherte die CDU, in Deutschland werde der neue Vorschlag Schumans „leidenschaftliche Zustimmung finden“. Europa könne damit als ein politisch, wirtschaftlich und militärisch gesichertes Ganzes zu einem bedeutsamen Faktor im Spiel der großen Kräfte zwischen Ost und West, zu einem Aktivator der Weltpolitik, werden.

Adenauer trifft Schumacher

Bundeskanzler Adenauer ersuchte Dr. Schumacher schriftlich, einen Termin für ein neuerliches Treffen zu nennen. Wie der Oppositionsführer erklärte, hat er dem Kanzler bereits einige Termine übermittelt, mit der Bitte, einen ihm genehmen Zeitpunkt auszusuchen. Man nimmt an, daß die Zusammenkunft Anfang kommender Woche stattfindet. Über die Themen der Unterredung ist von beiden Beteiligten bis zur Stunde noch nichts gesagt worden.

General Ridgway wird antworten

Bisher größter Panzerangriff an der Mittelfront - Kommunistische Linien „angeschlagen“
Seoul (UP). General Ridgway hat seine Note an die Kommunisten über die Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen fertiggestellt. Die Note soll heute übermittelt werden. Damit haben sich die Hoffnungen auf eine baldige Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen weiter verstärkt.

Die UN-Streitkräfte begannen am Mittelabschnitt der Front mit ihrem bisher größten Panzerangriff im koreanischen Krieg. Zwei Stoßkeile der Alliierten haben sich bis in die Nähe von Kumsong und Pyongyang herangearbeitet. Diese Offensive mit „begrenzten Zielen“ hat damit mindestens an zwei Stellen die kommunistische Hauptverteidigungslinie angeschlagen.

Blick in die Welt

Kommentare zum Tagesgeschehen

Seit der Auseinandersetzung um das Mitbestimmungsrecht hat kaum ein wirtschaftspolitisches Ereignis in der Öffentlichkeit solche Beachtung gefunden wie der Zusammenschluß des Mittelstandsblocks aus Bauern, Handwerk und Haus- und Grundbesitz. Die Kommentatoren der Presse sind sich darüber einig, daß der Zusammenschluß der drei großen Verbände auf dem Bauerntag in Rendsburg klargemacht habe, daß die politischen Parteien infort nicht mehr mit dem Anspruch auftreten könnten, sie allein repräsentierten die politische Willensbildung des Volkes in der Bundesrepublik. Und dies gerade, weil der Mittelstandsblock es ausdrücklich abgelehnt habe, sich als politische Partei aufzutun. Von den großen politischen Parteien hat die CDU in ihrem Informationsdienst etwas verschlüsselt auf die Rendsburger Beschlüsse reagiert. Sie spricht von einer „zersplitternden Einigkeit“, indem sie die Absicht zur Gründung einer neuen Partei unterstellt.

Bundeskanzler Dr. Adenauer selbst hat die erste Gelegenheit, die sich ihm zeitlich bot, dazu benützt, um persönlich zu der Gründung des Mittelstandsblocks Stellung zu nehmen. Auf einer Sitzung des Deutschen Handwerksrats des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks warnte Dr. Adenauer gleichfalls vor jedem Versuch, den Block in eine neue Partei umzuwandeln. Er bekannte sich aber ausdrücklich zu einer gesunden Mittelstandspolitik, da die soziale Bedeutung des Mittelstandes gar nicht hoch genug eingeschätzt werden könne. Insonderheit sei das Handwerk als traditionelle Stütze der Lehrlingsausbildung für die Produktivität der industriellen Wirtschaft von höchster Bedeutung. Eine Fortentwicklung des gewerblichen Unternehmertums wäre ohne die Aufstiegsmöglichkeit aus dem Handwerk undenkbar. Der Bundeskanzler räumte ein, daß das Handwerk in der Bundesrepublik bisher nicht die genügende Beachtung gefunden habe, es werde aber jetzt eine nicht zu überhörende Vertretung im Bundeswirtschaftsministerium erhalten. Von ebenso grundsätzlicher Bedeutung für das Handwerk ist die Zusage des Bundeskanzlers, sich für die Wiedereinführung des Großen Befähigungsnachweises sowie eine ganze Reihe von anderen Forderungen einsetzen zu wollen.

Wenige Monate nach der Handwerkskammer Stuttgart begeht in diesen Tagen nun auch die Handwerkskammer Mannheim die Feier ihres 50jährigen Bestehens. Von den rund 900 000 handwerklichen Betrieben in der Bundesrepublik gehören dem Mannheimer Kammerbereich etwa 18 000 als Mitglieder an, die sich auf nicht weniger als 140 verschiedene Handwerke aufgliedern. Diese Zahl weist die große Vielfalt des modernen Handwerkerberufes aus, der sich in den letzten 50 Jahren immer stärker differenziert hat. Gewiß sind manche ehrsamten Handwerke der Industrialisierung zum Opfer gefallen, an ihrer Stelle sind dafür noch zahlreicher andere getreten. Als Beispiel sei nur auf das überaus kräftige Kfz-Handwerk verwiesen, das praktisch erst mit der beginnenden Motorisierung nach dem ersten Weltkrieg zu entstehen begann.

In unserer Zeit, da große Ziffern Trumpf sind, soll nicht der Hinweis darauf unterbleiben, daß in unseren 900 000 Handwerksbetrieben über 3 Millionen Menschen beschäftigt sind und daß für die 530 000 im Jahre 1950 in handwerklicher Ausbildung gestandenen Lehrlinge Unterhaltsbeihilfen von insgesamt 250 Millionen DM aufgebracht worden sind. 20 Prozent der Handwerkslehrlinge gehen erfahrungsgemäß nach Abschluß der Lehre als hochwillkommener Nachwuchs zur Industrie über, deren kleinere und mittlere Betriebe wiederum meist aus dem Handwerk erwachsen sind.

Der „Bund der Steuerzahler“ hat sich in einem offenen Brief „Wir warnen vor einer neuen Inflation“ an den Bundeskanzler, das Bundeskabinett und die drei Hochkommissare gewandt, dem wir u. a. folgendes entnehmen: „Nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk im Verlauf zweier Inflationen gemacht hat, kann es eine Regierung weder verantworten noch wagen, das Volk auf diese Weise ein drittes Mal zu betrügen. Die Steuerkraft ist bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen, und irgendwo gibt es eine Grenze für die steuerliche Belastung, die nicht ungestraft überschritten werden darf. Der Bund der Steuerzahler erhebt seine warnende Stimme, gleichgültig, ob weitere Zugriffe auf Einkommen und Vermögen auf dem Wege neuer, höchst problematischer Steuergebilde oder durch Steigerung der Steuersätze, Beseitigung von Steuerbegünstigungen oder Verschärfung der Veranlagungs- und Erhebungsmethoden

erfolgen. Wir fragen daher: hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit den Besatzungsmächten auch alle Mittel erschöpft, um diese Fragen über Sein oder Nichtsein der deutschen Finanzwirtschaft zur Entscheidung zu bringen?" Dr. A.

Westberlin lädt SED-Abgeordnete ein Heute Sondersitzung in Berlin - Grotewohl will europäische Integration verhindern

Berlin (UP). Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Dr. Otto Suhr, hat zehn Vertreter der SED eingeladen, am Samstag an einer außerordentlichen Sitzung des Berliner Parlaments teilzunehmen. Auf der Sondersitzung will sich das Abgeordnetenhaus mit dem Vorschlag der Ostzonen-Regierung für gesamtdeutsche Wahlen befassen und eine Regierungserklärung des regierenden Bürgermeisters, Ernst Reuter, entgegennehmen.

Es wird erwartet, daß Reuter erneut Wahlen in allen vier Sektoren Berlins als Voraussetzung für gesamtdeutsche Wahlen fordern wird. Die 10 SED-Vertreter gehören dem Berliner Abgeordnetenhaus nach dem Gesetz als beratende Mitglieder an. Ihre Sitze wurden entsprechend der Stärke der SED-Fraktion im Berliner Stadtparlament von 1946 freigehalten. Seit der Spaltung der Stadt hat sich die SED geweigert, an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses in Westberlin teilzunehmen. Die SED-Vertreter haben bisher nicht zu erkennen gegeben, ob sie der Einladung folgen werden.

Der Ministerpräsident in der Ostzone, Grotewohl, gab in einer Pressekonferenz in Berlin offen zu, daß sich seine Vorschläge für eine gesamtdeutsche Beratung gegen die europäische Integration richteten. Außenminister Dertinger fügte hinzu, mit der Schaffung der Einheit Deutschlands solle verhindert werden, daß Westdeutschland in die militärische Front des Atlantikpaktes eingegliedert wird.

Bundesminister Jakob Kaiser sprach auf dem Kongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Berlin die Hoffnung aus, daß zwischen den Koalitionsparteien und der Opposition eine gemeinsame Haltung gegenüber dem Grotewohl-Vorschlag zustandekomme. Hinter der Antwort des Bundestages an Grotewohl müßten alle positiven Kräfte der Bundesrepublik stehen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei gegen „jede Einmischung jeder Besatzungsmacht“ gerade in den Fragen der deutschen Einheit, heißt es in einer Stellungnahme Dr. Schumachers zu der Erklärung General Tschulkows. Die SPD kämpfe gegen die Politik des Ostens, Deutschland als Faktor der sowjetischen Nationalpolitik zu nutzen. Sie wehre sich aber auch gegen die jetzt sichtbar werdende Anmaßung der westlichen Alliierten, in die Gestaltung der deutschen Einheit einzugreifen.

Autobahngebühren gesenkt

Für die Benutzung der Autobahn Helmsdorf - Berlin und der anderen Autobahnen sind auf Grund des Interzonen-Handelsabkommens für Fahrzeuge westlicher Herkunft neue Gebührensätze in Kraft, die durchschnittlich um 75 Prozent unter den bisherigen Abgaben liegen. Für Lastzüge und Anhänger wurden für die Hin- und Rückfahrt einheitlich 10 DM festgelegt. Omnibusse bis zu acht Personen entrichten 20 DM, für jede weitere Person zwei DM. Personenkraftwagen haben 10 DM, Motorräder 8 DM für die Hin- und Rückfahrt zu zahlen.

Rätsel um tätowierte Hautstücke

Kopenhagen (UP). Die Polizei beschlagnahmte im Laden eines Tätowierers vier Stücke tätowierter Menschenhaut. Diese „Frunkstücke“ des Ladens sollen angeblich aus dem Besitz der Kommandeuse des KZs Buchenwald, Ilse Koch, stammen. Der Tätowierer behauptet, er habe die Stücke von einem Mann aus Hamburg bekommen, der ihn in der Kunst des Tätowierens unterweisen habe.

Skelett mit Parteiabzeichen

Garmisch-Partenkirchen (UP). In der Nähe von Ettal wurde in einer Höhle ein männliches Skelett gefunden, das wahrscheinlich schon sieben Jahre lang dort liegt. Dicht daneben lag ein Parteiabzeichen der NSDAP und eine 7,65-mm-Mauserpistole. Man vermutet, daß es sich um einen höheren NS- oder SS-Führer handelt, der 1945 in der Höhle Selbstmord begangen hat. An verfaulten Wäschestücken wurden die Initialen „H. K.“ gefunden. Der Tote war etwa 40 Jahre alt.

Zuckerpreiserhöhung um 18 Pfennig

Keine schriftliche Stellungnahme des Bundesrats zum Südweststaat - Verdoppelung der Bereitschaftspolizei

Bonn (UP). Der Bundesrat bewilligte weder die vom Bundesfinanzminister geforderte Erhöhung des Zuckerpreises um 26 Pfennig je Kilogramm noch den Nachtragshaushalt. Er befürwortete lediglich eine Zuckerpreiserhöhung von 1,14 DM je kg auf 1,32 DM.

Die Bundesregierung hatte eine Erhöhung auf 1,40 DM vorgeschlagen mit der Begründung, daß sie keine Subventionen für die Angleichung der Preise des teuren Importzuckers mehr zahlen könne. Der Bundesrat hielt jedoch eine so große Erhöhung aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen für nicht vertretbar. Der Entwurf der Preisverordnung geht nun an die Bundesregierung zurück. Der Bundesrat empfiehlt ferner, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch mit 10 Prozent Zoll belegt werden soll.

Die Änderungsvorschläge des Bundesrates zum Nachtragshaushalt 1951 sehen Einsparungen vor und stellen Mehreinnahmen fest, die es dem Bundesfinanzminister ermöglichen, mit nur 25 Prozent der Ländererinnahmen aus den Einkommen- und Körperschaftsteuern auszukommen. Die Bundesregierung hatte die Inanspruchnahme von 31,3 Prozent der Ländersteuern verlangt, um den Bundeshaushalt ausgleichen zu können. Der Bundestag hatte zugestimmt. Der Bundesrat hatte den Vermittlungsausschuß angerufen, weil er 25 Prozent, also etwa 450 Millionen DM jährlich weniger für ausreichend hält. Das Gesetz wird zur Zeit im Vermittlungsausschuß behandelt.

In Sachen Südweststaat wird sich der Bundesrat beim Termin vor dem Bundesverfassungsgericht vertreten lassen und auf eine schriftliche Stellungnahme verzichten. Das Bundesverfassungsgericht kann bekanntlich vor der Entscheidung über die Südweststaatsfrage den Bundestag und Bundesrat hören.

Eine baldige zahlenmäßige Verstärkung der Bundesgrenzschutzpolizei hält man in den zuständigen Bonner Behörden für notwendig. Sie soll eine Verdoppelung der gegenwärtig 10 000 Mann starken Einheiten bringen. Die Erörterung vor dem Bundestag wird

195000 erst zur ersten Monate des kommenden Jahres angekündigt.

Gegen Vorwegnahme der Reparationen

Der Bund der Steuerzahler hat gegen alle einseitigen Maßnahmen der Besatzungsmächte protestiert, die eine Vorwegnahme der Reparationen darstellen. Die Höhe der Besatzungskosten bedrohe in besorgniserregender Weise die Aufrechterhaltung der Haushaltswirtschaft des Bundes, der Länder und Gemeinden, heißt es im Protest. Daher müsse gefordert werden, daß die für eine militärische Sicherung entstehenden Ausgaben auf keinen Fall die Summe übersteigen dürfen, die zur Aufstellung einer eigenen Truppe der Bundesrepublik nötig sein würde.

Adenauer trifft Hochkommissare

Zur Vorbereitung der innen- und außenpolitischen Gespräche, die in der kommenden Woche beginnen, hatte der Bundeskanzler Besprechungen mit seinen engsten Mitarbeitern. Die erste Aussprache zwischen dem Kanzler und den drei Hochkommissaren über die Washingtoner Beschlüsse ist für Montag angesetzt. Die Hochkommissare werden bereits am Sonntag Vorbesprechungen haben. Aus Regierungskreisen verlautete in diesem Zusammenhang, daß die Behauptung des SPD-Vorsitzenden Dr. Schumacher, der Kanzler habe den Alliierten vor der Konferenz von Washington ein Memorandum über den deutschen Standpunkt übergeben, nicht zutreffe.

Besatzungskosten enden mit Besatzungsstatut

Ein Sprecher des „Foreign Office“ erklärte in London, daß die Besatzungskosten in ihrer gegenwärtigen Form in dem Augenblick verschwinden würden, in dem das Besatzungsstatut für Westdeutschland außer Kraft gesetzt werden wird. An die Stelle der Besatzungskosten müsse jedoch „irgendwas auf vertragsmäßiger Grundlage“ treten, was nach durch Verhandlungen zwischen der deutschen Bundesrepublik einerseits und den drei westlichen Besatzungsmächten andererseits festgelegt werden müsse.

Pleven siegt in der Schulfrage

Mit 378 gegen 236 Stimmen - de Gaulle will die Regierung zu Fall bringen

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung verabschiedete die Regierungsvorlage über die direkte staatliche Hilfe an die kirchlichen Schulen mit 378 gegen 236 Stimmen. Der umstrittene Entwurf, der fast den Fall der Regierung Pleven gebracht hätte, wird jetzt zum Gesetz werden. Die Politik des modernen französischen Staates für strenge Trennung zwischen dem Staat und der Kirche wird mit diesem Gesetz zum ersten Mal gebrochen. Die Abstimmung ist als ein Sieg für die Regierung Pleven zu werten. Pleven ist es in einmonatigen Verhandlungen gelungen, die widerstrebenden Radikalsocialisten auf seine Seite zu ziehen. Ein Antrag der Sozialisten, den Vatikan „wegen Einmischung in innerfranzösische Angelegenheiten“ im Zusammenhang mit der Schulfrage zu rechtzuweisen, wurde von der Nationalversammlung mit 293 gegen 297 Stimmen abgelehnt.

Die junge Regierung wurde jedoch zur selben Zeit vor neue Schwierigkeiten gestellt. Auf Antrag der Sozialisten billigte die Nationalversammlung die Einführung der gleichen Lohnskala: die Löhne werden automatisch erhöht, wenn die Lebenshaltungskosten um mehr als fünf Prozent steigen. Pleven weigerte sich in der Debatte, die Abstimmung mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Das Abstimmungsergebnis - 410 gegen 293 Stimmen - beweist, daß er vor der Niederlage gestanden hätte. Bezeichnenderweise wurde das Gesetz von den Gaullisten unterstützt. Anscheinend hat de Gaulle seine Anhänger angewiesen, die Regierung unter allen Umständen zu Fall zu bringen. Pleven äußerte, daß die Regierung die Konsequenzen aus der Abstimmung später ziehen werde: wahrscheinlich hegt er die Hoffnung, daß das Parlament sich vor der zweiten Lesung des Lohngesetzes für die Ferien vertagen wird.

Paris ohne Rindfleisch

Paris ist ohne Rindfleisch. 55 Prozent der Rindfleisch-Metzgereien haben aus Protest

gegen die Preisbestimmungen der Regierung ihre Läden geschlossen. Für Bevölkerung und Regierung ist das eine unangenehme, jedoch längst nicht katastrophale Lage. Denn Rind- und Schweine-Metzgereien sind in Paris zwei getrennte Erwerbszweige, und die Schweine-Metzger haben sich dem Streik nicht angeschlossen. Außerdem gibt es immer noch Fleisch, Geflügel und Wurst. „Operation Beefsteak“, wie der Metzger-Streik genannt wird, soll die Regierung dazu bewegen, ihre Preisbestimmungen zu ändern.

Tödlich verunglückten zwei FDP-Delegierte

aus Niedersachsen, die zum Bundesparteitag nach München wollten. Bei Hannover stieß ihr Wagen mit einem amerikanischen Fahrzeug zusammen.

Fritz Rettig wurde auf dem 4. Kongreß der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) erneut zum ersten Vorsitzenden gewählt.

Die Fuldaer Hausfrauen streiken seit 10 Tagen gegen die hohen Fleischpreise und fordern erneut zu einem Boykott der Metzgereien auf. Der Streik führte zu erheblichen Umsatzrückgängen bei den Metzger Fuldas.

Einen Sondersegnen für New York erteilte Papst Pius XII. aus Anlaß des Besuchs von Bürgermeister Impellitteri, der gebürtiger Italiener ist.

Die israelische Delegation schlug der Palästina-Kommission der UN den Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen Israel und den arabischen Staaten als ersten Schritt zur Herbeiführung des Friedens im Mittleren Osten vor.

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi will in Washington, wo er zwei Tage weilen wird, mit Präsident Truman und Außenminister Acheson zusammentreffen und eine Ansprache vor dem Kongreß halten.

Kuppelei und Entnazifizierung

Düsseldorf (UP). Von der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft wurde Anklage gegen den ehemaligen kommissarischen Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen, Robert Saalwächter, erhoben. Saalwächter, der sich seit einiger Zeit in Untersuchungshaft befindet, wird in fünf Fällen der passiven Bestechung und in elf des Betrugs und der Kuppelei bezichtigt. Seine Ehefrau ist wegen Kuppelei und Beihilfe zum Betrug in vier Fällen ebenfalls angeklagt. Eine Bekannte Saalwächters und seine Haushälterin waren im vergangenen Jahr vor Gericht gestellt worden, weil sie mehrere 1000 DM für einen Kategorisierungsschein kassieren wollten. Saalwächter war damals von den beiden Frauen gedeckt worden. Als die Haushälterin starb, machte sie vor ihrem Tode unter Eid noch Aussagen, die Saalwächter schwer belasteten.

Schweres Zugunglück in England

Elf Tote und 50 Verletzte - Unglücksstätte ein „Schlachtfeld“

Northampton (UP). Der „Frühstückszug“ von Liverpool nach London ist in der Nähe von Northampton entgleist. Nach vorliegenden Meldungen sind elf Personen ums Leben gekommen, 50 Personen wurden verletzt.

Noch Stunden nach dem Unfall bemühten sich Rettungsmannschaften, die Opfer aus dem Gewirr der zersplitterten Wagen und verbogenen Stahlkonstruktionen zu befreien. Der Zug hatte gerade den Stowe-Hill-Tunnel hinter der kleinen Station Weedon mit hoher Geschwindigkeit durchfahren, als die Lokomotive entgleiste und alle 15 Wagen des Zuges aus den Schienen riß. Die Maschine und die ersten zehn Wagen stürzten den über vier Meter hohen Bahndamm hinab. Die ersten zwei Wagen rasten gegen Telegraphenmasten und wurden vollständig zertrümmert. Von den fünf Wagen, die auf dem Bahndamm blieben, stellten sich zwei quer und blockierten die Strecke. Drei wurden aus dem Gleis gehoben und blieben neben den Schienen stehen. Augenzeugen bezeichneten den Unfallort als ein „Schlachtfeld“. Über die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

König Georg VI. muß operiert werden

„Anlaß zu erster Besorgnis“

London (UP). König Georg VI. muß sich „in naher Zukunft“ einer Operation unterziehen. Dies wurde am Freitag abend vom Buckingham-Palast bekanntgegeben. In einem von sieben Ärzten unterzeichneten Bulletin wird festgestellt, daß der Zustand der Lunge des englischen Königs „Anlaß zu erster Besorgnis“ gibt.

Gleichzeitig mit dem ärztlichen Bulletin veröffentlichte der Buckingham-Palast eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß in einer oder zwei Wochen bekanntgegeben werde, ob der König die für Januar 1952 vorgesehene Reise nach Australien und Neuseeland durchführen wird. Aus dieser Erklärung geht auch hervor, daß die vorgesehene Reise der Prinzessin Elizabeth und ihres Gatten, des Herzogs von Edinburgh, nach Kanada und den USA auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird. Die britische Thronfolgerin sollte ursprünglich am kommenden Dienstag abreisen.

Konservatives Parlament in Kolumbien

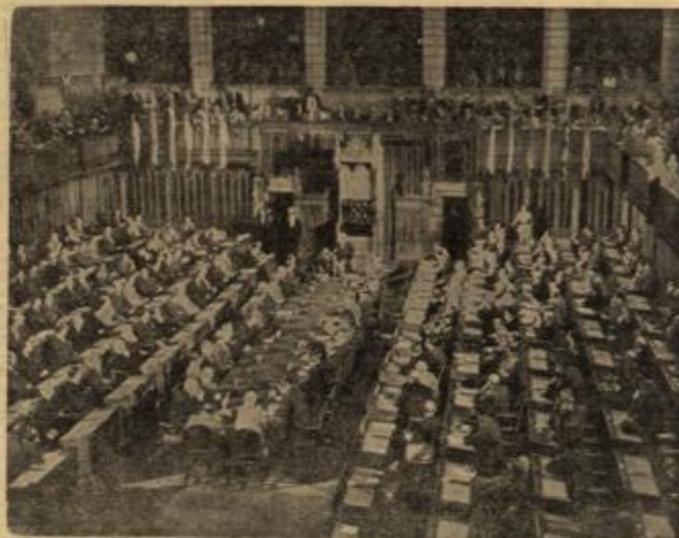
Bogota (UP). Kolumbien wird zum ersten Male seit 20 Jahren ein konservatives Parlament haben, nachdem die Liberalen die jetzigen Wahlen boykottiert haben. Die kommunistische Opposition hat wahrscheinlich einen Sitz gewonnen. Auch die vereinzelt kandidierenden Liberalen werden vielleicht einen Vertreter ins Parlament entsenden. Das Abgeordnetenhaus faßt aber 132 Sitze, so daß die Volkvertretung fast rein konservativ sein wird.

Revolte in der Provinz Kwantung

Hongkong (UP). Truppen der chinesischen Kommunisten sind nach in Hongkong eintreffenden Berichten in die Provinz Kwantung entandt worden, um eine dort ausgebrochene Militärrevolte niederzuschlagen. Es heißt, daß sich die Kämpfe in der Gegend der Hafenstadt Kanton abspielen. Einwohner der portugiesischen Kolonie Macao sollen Gefechtslärm und Artilleriebeschuß gehört haben. Der Aufstand soll ausgebrochen sein, als vor einem Monat eine militärische Einheit geschlossen desertierte und sich in die Berge zurückzog.



Bergmann erhielt als erster das Bundesverdienstkreuz Bundespräsident Heuss verlieh das erste Bundesverdienstkreuz am Bande dem Bergmann Franz Brandl vom Kupfererzbergwerk Sontra in Hessen. Brandl hat bei einem Wassereinbruch im Reichenberg-Schacht des Kupfererzwerkes Sontra unter eigener Lebensgefahr zwei Arbeitskameraden vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.



Der Rat der Atlantikpaktstaaten tagt in Ottawa. Unser Bild zeigt eine Sitzung des Gremiums im Unterhaus.

Umschau in Karlsruhe

Todbringendes Messer aus USA

Gottlieb Hamm stark belastet

Karlsruhe (ld). In der Nacht zum 15. August wurde, wie berichtet, zwischen den Brandtrümmern eines Einfamilienhauses, die halbverkohlte Leiche der 56 Jahre alten Helene Bayer gefunden. Der verhaftete ehemalige Geliebte der Frau Bayer, der 70 Jahre alte Gärtnermeister Gottlieb Hamm, hat bis heute noch kein Geständnis abgelegt. Jedoch ist das gegen ihn zusammengetragene Beweismaterial so belastend, daß der Haftbefehl weiterhin bestehen bleibt. Als man Hamm festnahm, entdeckte man auf seiner Brust eine stark blutende Wunde. Der Greis gab an, er habe sich bei den Löscharbeiten an einem Wasserschlauch verletzt. Nach dem ärztlichen Gutachten aber handelt es sich eindeutig um eine Schnittwunde. Die Oberstaatsanwaltschaft nimmt daher an, Frau Bayer habe sich, als sie von Hamm mit einem Messer überfallen wurde, gewehrt und ihn dabei mit der Mordwaffe an der Brust verletzt. Dieses Messer, das im Brandschutz gefunden wurde, hatte der in Amerika lebende Sohn der Frau Bayer vor längerer Zeit in einem Paket nach Deutschland geschickt. Durch die Rückfrage in den Vereinigten Staaten hat sich die Untersuchung erheblich verzögert.

Ein guter Fang der Polizei

Karlsruhe (swb). Die Karlsruher Kriminalpolizei untersucht gegenwärtig den Fall des Otto Spanagl aus Lam im Kreise Kötzling (Bayerischer Wald), der Anfang September in Heilbronn von der Bahnpolizei unter dem Verdacht des Eisenbahnraubs festgenommen worden war. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß Spanagl seit Anfang dieses Jahres verplombte Güterwagen auf den Strecken Mannheim — Stuttgart, Mannheim — Kornwestheim, Mannheim — Karlsruhe, Heilbronn — Mannheim und Heilbronn — Kornwestheim geöffnet, Pakete mit Textilien und Schuhen an einer Langsamfahrstelle abgeworfen, die Pakete dort abgeholt und sie dann in den Bayerischen Wald zu einer Mittelsperson, einer ihm nahestehenden Frau, geschickt hat. Bisher konnten ihm über 40 Diebstähle nachgewiesen werden, die der Eisenbahn einen Schaden von über 20 000 Mark zufügten. Drei Transportdiebstähle auf der Strecke Heilbronn — Mannheim hat Spanagl bereits zugebrochen.

Dr. Wolf neuer Vorsitzender der Physiker

Karlsruhe (swb). Dr. Wolf (Ludwigsafen) wurde auf der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher physikalischer Gesellschaften, die im Rahmen des Deutschen Physikertages 1951 in Karlsruhe stattfand, als Nachfolger von Geheimrat Prof. J. Zenneck (München) zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Dr. Wolf, der wissenschaftlicher Mitarbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen ist, wird im Vorstand die technische Richtung der Physik, der stellvertretende Vorsitzende Professor Max von Laue (Göttingen) dagegen die reine Physik vertreten.

Karlsruhe. Der Abonnentenkreis des Staatstheaters umfaßt in der neuen Spielzeit bereits jetzt 12 200 Abonnenten. (ld)

Aus der badischen Heimat

Ein tollkühner Gefängnis-Ausbrecher

Pforzheim (swk). Ein schon mehrfach vorbestrafter Elsässer befand sich im hiesigen Gefängnis. Da er eine Auslieferung an Frankreich, dessen Zuchthäuser ihm noch in guter Erinnerung waren, befürchten mußte, schloß er Fluchtpläne. Um Mitternacht läutete er den Wärter herbei und schlug ihn heimtückisch nieder. Anschließend versuchte er durch einen Schacht zu entkommen. Dort stellte ihn aber das inzwischen alarmierte Überfallkommando. Auch aus der Isolierzelle, wohin man ihn anschließend verbracht hatte, und durch den Abortschacht unternahm er mehrere Fluchtversuche. Das Urteil des Gerichts lautete auf 1 1/2 Jahren hinter deutschen Zuchthausmauern.

Die „Zeit“ tagt in Pforzheim

Pforzheim (swb). Die Deutsche Gesellschaft für Chronometrie eröffnete in Pforzheim ihre diesjährige Herbsttagung. Aus diesem Anlaß gab die Stadtverwaltung einen Empfang, bei dem Oberbürgermeister Dr. Brandenburg die Gäste begrüßte. Die Tagung

wurde anschließend mit einer Reihe fachwissenschaftlicher Vorträge fortgesetzt.

Deutscher Wein hat Absatzschwierigkeiten

Pforzheim (swk). Auf einer Generalversammlung der Winzergenossenschaft erklärte der Geschäftsführer, daß der deutsche Weinbau in eine schwierige Lage geraten sei. Von allen Seiten würden derartige Mengen an ausländischem Wein eingeführt, daß der Absatz deutscher Weine in den nächsten Jahren in Frage gestellt sei.

Über 50 Schweine notgeschlachtet

Buchen (swk). Auf dem Roßhof bei Buchen mußten 50 Schweine, die von der Schweinepest befallen waren, notgeschlachtet werden. Man nimmt an, daß die bei den Wildschweinen grassierende Seuche durch Futter übertragen wurde, auf welchem Ausscheidungen von Wildschweinen abgelegt waren. Nachlassende Freßlust, hohes Fieber und schließlich Verweigerung der Nahrungsaufnahme sind die ersten Zeichen der Krankheit.

Vorerst keine Stromeinschränkung

Baden-Baden (ld). Zu verschiedenen Presseveröffentlichungen, in denen es hieß, daß von zuständiger Stelle Stromsperren für die Haushalte angekündigt seien, die Industrie mit festen Stromzuteilungen rechnen müsse und die Bundesbehörden einen „energetischen Sparplan“ für den Stromverbrauch ausgearbeitet hätten, teilte die Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie- und Handelskammern mit, sie sei auf Grund von Besprechungen im Bundeswirtschaftsministerium in der Lage, mitzuteilen, daß diese Meldungen nicht den Tatsachen entsprechen.

Es treffe allerdings zu, daß in zuständigen Kreisen die durch den Kohlenmangel gegebene Stromlage erörtert worden sei. Dabei sei die Frage einer Einschränkung der Reklame- und Schaufensterbeleuchtung wie auch die Möglichkeit einer Kontingentierung des Stromverbrauchs der Industrie behandelt worden. Bestimmte Beschlüsse über etwa zu treffende Maßnahmen seien jedoch bisher nicht gefaßt worden.

Alle Räder stehen still

Wenn eine Stadt Geburtstag feiern will

Offenburg (ld). Die ganze Stadt Offenburg wird anlässlich des Festzuges am 8. 9. Geburtstage der Stadt abgesperrt werden. Selbst der ganze Durchgangsverkehr von Basel, Karlsruhe, Konstanz und Straßburg muß umgeleitet werden, damit niemand die Stadt betreten kann, ohne etwas zur Finanzierung dieses kostspieligen Festzuges beigetragen zu haben. Diese Maßnahme ist wohl bisher ohne Beispiel geblieben. Bei der großen Zahl der Heimat-, Stadtverleihungs- und Jahrbundfesten in Baden würde ihre Nachahmung auch wahrscheinlich eine dauernde Behinderung des Verkehrs durch das Land bedeuten.

Ein Raubmord wegen 60 Mark

Freiburg (ld). Am 12. Oktober beginnt vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen Elsässer aus Neuenburg bei Müllheim, der am 17. Juli Marie Zipper ermordet und beraubt hat. Der Täter hatte sich unter dem Vorwand, etwas in dem Kolonialwarengeschäft der Witwe kaufen zu wollen, Zutritt in das Anwesen verschafft und die Frau solange gewürgt, bis er glaubte, sie sei tot. Als die Frau noch Lebenszeichen von sich gab, schlug er mit einer Flasche auf ihren Kopf und öffnete ihr schließlich die Halsschlagader. Der Täter hatte etwa 60 Mark erbeutet. Die Anklage lautet auf Raubmord.

Wandern soll bevorzugt werden

Freiburg (ld). Schulausflüge mit Omnibussen stellen nach einer Mitteilung des badischen Kultusministeriums an die Schulen keinen Ersatz für das Schulwandern dar. Wie es in der Bekanntmachung heißt, soll das Wandern in jedem Fall den Ausflügen mit motorisierten Fahrzeugen vorgezogen werden. Schulwanderungen seien ein Teil des im Lehrplan verankerten Unterrichts und müßten so gewissenhaft vorbereitet werden, daß sie ein Erlebnis für die Schüler bedeuten könnten.

Kreuz und quer durch Baden

Freiburg. Professor Dr. Creutzburg, wurde zum ordentlichen Professor und Direktor des geographischen Instituts ernannt. (ld)

Freiburg/Brg. Der Verkauf der Lebkuchenherzen zum Helmatag hat 31 701,10 DM Überschuß erbracht. (ld)



W 61734

Verfassungsgericht soll klar entscheiden

Ministerpräsident Dr. Maier zur Südweststaatsfrage

Stuttgart (ZSH). Ministerpräsident Dr. Maier erklärte einem Mitarbeiter des Süddeutschen Rundfunks, er halte es für durchaus möglich, daß die Volksabstimmung über die Neugliederung der südwestdeutschen Länder nunmehr im November abgehalten werden könne. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sei Mitte Oktober zu rechnen. Der jetzt bestehende verhängnisvolle Status quo, der die innenpolitische Arbeit der südwestdeutschen Länder wesentlich beeinträchtigt, verlange eine schnelle Abhaltung der Volksabstimmung. Voraussetzung dafür sei aber eine klare und eindeutige Entscheidung des Verfassungsgerichts, die für die Zukunft juristische Winkeleisige jeder Art von vornherein ausschließe. Wenn das Urteil des Verfassungsgerichts allerdings die Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Neugliederung erforderlich mache, werde der augenblickliche Zustand wahrscheinlich noch längere Zeit andauern. Der Bundestag werde dann vermutlich nur schwer dazu zu bewegen sein, sich in absehbarer Zeit erneut mit der Materie zu befassen. Dr. Maier erklärte, aus dieser Sachlage ergebe sich ganz klar die große Bedeutung, die dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichts zukomme. Die Alternative könne also nur lauten: Entweder eine klare und eindeutige Entscheidung in Karlsruhe, oder eine weitere Hinauszögerung der Konsolidierung der innenpolitischen Verhältnisse im südwestdeutschen Raum.

Badener klagen gegen Südweststaat

Wegen Verletzung des Urheberrechts
Freiburg (ld). Die Arbeitsgemeinschaft der Badener e. V. hat beim Landgericht Frei-

burg beantragt, der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg die Herstellung und Verbreitung eines Flugblattes wegen Verletzung des Urheberrechts im Wege einer einstweiligen Verfügung zu verbieten. Auf der Rückseite des Plakates ist der Kopf eines Schwarzwaldbauern abgedruckt. Da dieser Kopf von einem Plakat der Arbeitsgemeinschaft der Badener kopiert worden sei, wird in der publizistischen Verwendung ein Diebstahl geistigen Eigentums erblickt. Die Arbeitsgemeinschaft der Badener betont, vom dem Graphiker Professor Schweitzer (Pfalz) das alleinige Urheberrecht für den Bildkopf erhalten zu haben. Das Plakat der Arbeitsgemeinschaft der Badener ist zur Zeit überall in Baden angeschlagen und trägt die Beschriftung „Der Heimat die Treue — Baden die Stimme“.

„Lärmbekämpfung sinnlos“

Freudenstadt (hpd). Der Freudenstädter Gemeinderat bezeichnete die Maßnahmen zur Lärmbekämpfung als „sinnlos“ und will deswegen dafür kein Geld ausgeben. Die Industrie müsse mithelfen, daß eine ständige technische Überwachung eingeführt werden könne.

Fürsorgezöglinge ausgebrochen

Kirchheim/Teck (hpd). Angeblich weil sie von einem Lehrer schlecht behandelt wurden, machten sich ein 14-jähriger Fürsorgezögling und sieben jüngere Kameraden während der Kartoffelernte auf und davon. Noch am Abend wurden sechs Jungen aufgegriffen. Der Vierzehnjährige und der achte Junge kehrten freiwillig zurück.



Dem „Urwald-Doktor“, Professor Albert Schweitzer (rechts)

überreichte Bundespräsident Heuss in der Frankfurter Paulskirche den 1951 gestifteten „Friedenspreis des deutschen Buchhandels“. In der Mitte der Vorsitzende des Börsenvereins Deutscher Verleger- und Buchhändler-Verbände, Dr. Josef Knecht



Die größten Manöver auf deutschem Boden seit Kriegsende

haben im Raum Hannover — Bremen begonnen. 100 000 Soldaten aus sieben Nationen nehmen daran teil. Unser Bild zeigt englische Panzer im Heidedstädtchen Walrode

Fußball

Staffel Mittelbaden

- Gruppe I
Bruchsal - Grünwinkel
Eggenstein - Södingen
Forchheim - Ispringen
Dillweissenstein - Eitlingen
Blankenloch - Odenheim
Neureut - Mähler

- Gruppe II
Eufingen - Göbbrich
Knielingen - Berghausen
Frankonia Karlsruhe - Wiesental
Grötzingen - Karisdorf
Weingarten - Söllingen
Durrersheim - Durlach Aue
Tiefenbrunn - Graben

- Kreisklasse A
Staffel I
Liedolsheim - Linkenheim
FT Bulach - FC West
Friedrichstal - Russheim
Leopoldshafen - Beierheim
Kirchfeld - FC 21 Karlsruhe
Germania Neureut - Spöck
TSV Bulach - Hochstetten

- Staffel II
FV Malsch - Bruchhausen
Busenbach - Langensteinbach
FV Bulach - Kleinsteinbach
Spessart - Itersbach
Stupferich - Jöhlingen
Wöschbach - Fr. T. Forchheim
Wödingen - Neuburgweier

- Kreisklasse B
Staffel I
Sulzbach - Phönix Grünwettersbach
Oberweier - Wolfartsweier
Alem. Rüppurr - VfB Südstadt
Hardeck - Palmbach
ASV Grünwettersbach - Eitlingenweier
ASV Durlach - Hohenwettersbach

- Staffel II
SV Völkersbach - Eitzenrot
Weiler - Spinnerei
Spielberg - Herrenbach
Auerbach - Reichenbach
Pflauren - Mutschelbach
Schöllbrunn - VfB Mühlburg

- Staffel III
Staffel
FC Baden - TSV Weingarten
Fr. SSV Karlsruhe - Olympia/Mertha
Mörsch - Gehörsen SV
Böching - ASV Agon

Handball

Bezirksklasse

- Staffel 3
Eitlingen - Fr. SSV Karlsruhe
Bulach - Mähler
Pforzheim - Blankenloch
Brötzingen - Tsch. Durlach
Knielingen - Linkenheim

- Staffel 4
Odenheim - Bruchsal
Kraus - Büchenau
Philippburg - Graben
Ostringen - Karisdorf
Russheim - Spöck
Hochstetten - Heidelesheim
Neudorf - Neuhard

- Kreisklasse I
Grötzingen - Friedrichstal
Eggenstein - Malsch
Eitlingenweier - Neureut
Polizei SV - ASV Durlach
KFV - KTV 46
Grünwinkel - Tsch. Mühlburg

- Kreisklasse II
Knielingen - Rüppurr
Wödingen - MTV
Wödingen Ib - Breiten Ib
Langensteinbach - Jöhlingen Ib

Das Woffmanns mit 5 Länderspielen

Waren es am vergangenen Wochenende drei Länderspiele, die deutsche Sportler austragen, so stehen am kommenden Samstag und Sonntag sogar fünf Länderspiele auf dem Programm. Im Fußball steigt in Weier und Augsburg die Doppelpartie der A- und B-Mannschaften zwischen Österreich und Deutschland. Im Handball tritt unsere Nationalelf in Aarau gegen die Schweiz an. Im Amateurbereich hofft die deutsche Staffel auf das Gelingen der Revanche gegen Island in der Dubois-Arena in Essen. Die Fechter reisen nach Como und bestreiten gegen Italien den ersten Nachkriegs-Länderspiel. In der Leichtathletik stehen diesmal die Marathonläufer im Vordergrund. In Weizlar kommt es zu einem Vierländerspiel Deutschland - Schweden - Schweiz - Holland. Erwähnt man ferner den Leichtathletik-Städtekampf Barcelona - Paris - Stuttgart, das hervorragend besetzte Internationale Tennisturnier von Baden-Baden und den Europameisterschafts-Boxkampf im Schwergewicht zwischen Jack Gardner (England) und Hein ten Hoff (Deutschland) in Berlin, dann sieht man, wie sich die Zeiten geändert haben: Die deutschen Sportler sind nach jahrelanger Isolierung wieder geachtete internationale Partner geworden.

Deutschlands Handball-Elf in Aarau

Es wäre verfehlt, die Schweizer Handball-

Länderspiele für fünf Fußball

Im Wiener Praterstadion gegen Europas bestes Team

Deutschlands Fußballer bestreiten am Wochenende den Zweitfrontkampf mit Österreich. Es ist dies das 202. Länderspiel zwischen den beiden Nationen. Die letzte Begegnung mit Österreich, wenn nach 17 Jahren, die Reihe der offiziellen Länderspiele wieder aufgenommen wird, so geht es bei diesen "Treffen der Kameradschaft" darum, einmal festzustellen, wie weit sich nach dem Kriege der deutsche Fußball dem internationalen Leistungsstandard genähert hat. Die Österreicher gelten heute als das beste kontinentale Team. Es wird aber ganz von der taktischen Einstellung auf dem Spielfeld abhängen, wie den Operationen des Wiener Wunderteams zu begegnen ist.

Chancen für Österreich

Das Plus der Österreicher ist die größere Kampferfahrung nach dem Kriege. In 26 Länderspielen der Nachkriegszeit wurde eine Mannschaft formiert, die dem Wunderteam der Dreißigerjahre in nichts nachsteht, es an Wirkung sogar übertreffen soll. Österreichs Verbandskapitän Walter Nausch hat aber auch seine Sorgen, denn einige aus der Gala-Besetzung sind zur Zeit nicht einsatzfähig. Allerdings stehen ihm für jeden Posten mehrere gleichwertige Spieler zur Verfügung.

Österreich ist klarer Favorit, das ist die einstimmige Meinung aller Fußballfreunde in Wien. Die Österreicher setzen den guten Ruf der "Wiener Schule" auf Spiel gegen die deutsche Mannschaft, die sich erst allmählich an die internationale Luft gewöhnen muß. Wenn unsere junge Mannschaft die Nerven behält, dann ist das Feuerwerk der Wiener Ballzauberer zu hören. Auf jeden Fall dürfte es unter Leitung des englischen Schiedsrichters Evans ein großes Spiel geben. Bemerkenswert ist noch, daß die Österreicher mit einem nahezuen Ball spielen, der eine besondere Resonanz besitzt.

Die Gegner

- Deutschland:
Turek
Retter Kohlmeier
Schanko Posthal Mebus
Gerritzen Preißler Morlock Fr. Walter Barufka
Probst Stojarski Dienst Wagner Melchior
Schlager Ocwirk Hanappi
Happel Kowanz
Musil
Österreich:

Die B-Mannschaften in Augsburg

Bereits am Samstag stehen sich die B-Mannschaften von Deutschland und Österreich im neuen Augsburg Stadion gegenüber. Hier werden die vielen deutschen Schlachtdummler, die wegen der leidigen Visumfrage nicht nach Wien reisen können, feststellen können, wie unsere Anwärter für die A-Elf gegen die routinier-

nationalmannschaft, die am Sonntag in Aarau unser Gegner ist, gering einzuschätzen. Zwar haben die Eidgenossen in fünf Länderspielen mit Deutschland bisher nie gewinnen können, aber am Können der Deutschen und Österreicher sind sie doch stetig emporgewachsen. Der Internationale Handballverband hat den Leistungsfortschritt der Schweizer dadurch anerkannt, daß er ihnen für 1962 die Durchführung der 3. Weltmeisterschaften übertrug.

Man versteht, daß der DHB gegen diesen Gegner nach seinem kürzlichem 10:8-Sieg gegen Schweden eine hervorragende Mannschaft aufbietet, um wirklich erstklassigen Handball bieten zu können. Die deutsche Aufstellung lautet: Heesch (Polizei Kiel); Sivers (THW Kiel), Isberg (Polizei Hamburg); Weist (Polizei Hamburg); Vick (Polizei Hamburg); Fodolske (THW Kiel); Wanke (Polizei Hamburg); Käder (Berliner SV); B. Kempa (FA Göttingen); Dahlinger (THW Kiel); Schädlitz (Hamborn 97).

Schachturnier in Konstanz

Am kommenden Sonntag findet in Konstanz das 7. Internationale Bodensee-Mannschaftsmeisterschaftsturnier im Schach statt. 18 Vereine aus der Schweiz, Österreich und Deutschland werden sich mit 28 Mannschaften an dem Turnier beteiligen.

ten Österreicher sich die Sporen verdienen. Die jungen Talente Blessing-Baitinger, der Amateur Schröder, Buhtz-Krüger, die Läufer Bergner-Röhrig und Torwart Bögelein sind dazu auszuweisen, einmal in die Länderspiel hineinzuwachsen. Der Schweizer Eugen Scherz leitet dieses Treffen.

Die österreichische B-Auswahl setzt sich aus folgenden Spielern zusammen: Pelikan; Smetana; Giger; Gernhardt; Koller; Golobic; Körner; Riegler; Huber; Zechmeister; Hammer.

Wird die Eintracht gestürzt?

In Süddeutschlands 1. Liga findet am Wochenende wegen der Länderspiele Deutschland gegen Österreich nur ein Punktspiel statt, bei dem sich die Stuttgarter Kickers und die Eintracht Frankfurt gegenüberstehen werden. Die Frankfurter Eintracht, zur Zeit Tabellenführer und als einzige Mannschaft des Südens ohne Punktverlust, war bisher die große Überraschung. Die Stuttgarter Kickers, auf eigenem Platz überaus gefährlich, sollen jedoch den Frankfurtern den ersten Punkt abknöpfen können.

Drei Spiele in der 2. Liga Süd

Audi in der 2. Liga Süd wurde das Spielprogramm wegen der Länderspiele stark gekürzt. Nur sechs Mannschaften treten zum Kampf um die Punkte an. Die interessanteste Begegnung steigt dabei in Wiesbaden, wo der FC Augsburg zu Gast ist. In Durlach will Darmstadt 98, und Feudenheim hat Wacker München zu Gast. Alle drei Spiele sind völlig offen, so daß die bessere Tagesform über Sieg und Niederlage entscheiden wird.

Es spielen: ASV Feudenheim - Wacker München, ASV Durlach - Darmstadt 98, SV Wiesbaden - FC Augsburg.

Die Spiele in West und Nord

West: Rheydt SV - Schwarzweiß Essen. Nord: Victoria Hamburg - Holstein Kiel, Bremer SV - Hamburger SV, Eintracht gegen Concordia Hamburg, Göttingen 05 - Werder Bremen, Arminia Hannover - VfL Osnabrück, Eintracht Osnabrück - Bremerhaven 03, Lüneburger SK - St. Pauli.

1. Liga Südwest: Eintracht Trier - Weisau, Borussia Neunkirchen - FK Pirmasens, Mainz gegen 1. FC Saarbrücken, FC Engers - Tura Ludwigshafen.

Freundschaftsspiele: VfB Stuttgart - Meidericher SV, VfB Mühlburg - Alemannia Aachen, SSV Reutlingen - Meidericher SV, Hassia Bingen - SG Kreuznach, SV Speyer - VfR Kaiserslautern, Wormatia Worms - Alemannia Aachen, FC Freiburg - FSV Frankfurt. Rhein-Main-Saar-Pokal: TuS Neunkendorf gegen Kickers Offenbach.

Spinnerei. Am morgigen Sonntag fährt der Turn- und Sportverein nach Weiler, um sein 4. Verbandsspiel auszutragen. Weiler, das am letzten Sonntag in Reichenbach knapp mit 1:0 unterlag, wird alles versuchen, morgen zu einem Sieg zu kommen. Wenn die Spinnereif mit der gleichen Mannschaft wie am vergangenen Sonntag gegen Völkersbach antreten kann und mit demselben Einsatz spielt, sollte und müßte es zu zwei weiteren Punkten reichen. Zuvor spielen die Reservisten beider Mannschaften. Auch in diesem Treffen sollte es den Gästen zum Siege reichen. Die Jugend trägt morgen ihr 2. Verbandsspiel aus, und zwar spielen sie gegen die Jugend von Spielberg in Spielberg.

Zonengrenze trennt die Sportler

Tiefer Riß zwischen den Olympischen Komitees der Bundesrepublik und der DDR

Das Präsidium des Deutschen Nationalen Olympischen Komitees nahm in seiner Sitzung in Baden-Baden mit Bedauern von dem Bericht seines Vorsitzenden Kenntnis, wonach Dr. von Hall auf seine an den Präsidenten des NOK von Ostdeutschland, Kurt Edel, gerichteten Briefe wegen der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele keine Antwort erhalten habe. Die gegenwärtige Sachlage sei wie folgt:

Das Exekutivkomitee des Internationalen Olympischen Komitees habe in Erledigung seines Wiener Auftrages das Deutsche Nationale Olympische Komitee als die allein zuständige und verantwortliche Stelle für die Teilnahme an den Olympischen Spielen anerkannt. In Lausanne habe Überbestimmung darüber geberrscht, daß Deutschland mit einer gesamtdeutschen Mannschaft an den Olympischen Spielen 1962 teilnehmen solle. Das NOK von Ostdeutschland, insbesondere sein Präsident Kurt Edel, habe an den Verhandlungen in Lausanne teilgenommen und die Abmachungen durch seine Unterschrift anerkannt. Das Deutsche Nationale Olympische Komitee garantiere eine loyale und sportkameradschaftliche Berücksichtigung der Sportler Ostdeutschlands. Es wolle mit dem NOK von Ostdeutschland alle notwendigen technischen Abmachungen treffen, lehne aber jede Verquickung mit politischer Propaganda ab.

Das Olympische Komitee der Ostzone hat inzwischen seinerseits das Internationale Olympische Komitee um Aufnahme als selbständiges Mitglied gebeten und kündigte seine Unterschrift unter das Lausanner Abkommen, mit der Begründung, die getroffenen Abmachungen seien von Westdeutschen Olympischen Komitee, "torpediert" worden. Die Sowjetzone beschließt jetzt, selbständig an den 15. Olympischen Spielen in Helsinki teilzunehmen.

Kurz - aber wichtig

Fanny Blankers-Koen, Hollands "fliegende Hausfrau", verbesserte ihren inoffiziellen Weltrekord im Frauen-Fünfkampf auf 4410 Punkte. Der holländische Leichtathletik-Verband will diese Bestleistung als neuen Weltrekord einreichen.

Die zur Zeit in Deutschland weilende jugoslawische Ringer-Auswahl blieb auch bei ihrem achten Start in Süddeutschland unbesiegt. Die Jugoslawen trennten sich im Frankfurter Hoppe-Bau von der kampfstarken SG Eckenheim mit 4:4.

Rot-Weiß Oberhausen (4:53 P.) und SC Charlottenburg (11:00 P.) konnten ihre Vorjahresränge in der Jugend-Mannschaftsmeisterschaft im Berliner Olympiastadion wiederholen. Während bei der männlichen Jugend Meister Rot-Weiß Oberhausen unter seinem Vorjahrespunktergebnis blieb, verbesserte sich bei der weiblichen Jugend der SC wieder.

Der tschechoslowakische Weltrekordler Zatopek lief einen neuen Weltrekord über 20 000 m in 1:31,18 Std. Der offizielle Weltrekord über diese Strecke wurde mit 1:32,40 Std. am 22. September 1949 in Turku (Finnland) von dem Finnen Heino aufgestellt. Über eine Stunde lief Zatopek 19,358 km und verbesserte damit ebenfalls den Rekord Heinos von 19,335 km.

Mit zwei deutschen Rekordern warteten die Frauen des Schwimmclubs Berlin auf. Über 4x100 m Brust bestanden Siebert, Brattke, Weiß und Fiedler 5:56,4 Minuten und über 4x200 m Brust 12:47,5 Minuten.

Beim sogenannten "Weltmeisterschaftskampf" der Berufsjünger in Wien besiegte vor 10 000 Zuschauern der ehemalige Boxweltmeister im Schwergewicht, Primo Carnera, den Österreicher Adi Berber durch k.o. in der zweiten Runde.

Die letzte Liebe von Dr. Burgdorf

ROMAN VON H. P. LARSEN

Copyright by Dr. Paul Herzog, Tübingen durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(15. Fortsetzung)

"Entschuldigen Sie, meine Herren", lacht sie, "daß ich Ihnen so entflohen bin, aber meine Freude war zu groß..."

"Ja", sagt Dr. Burgdorf lächelnd, der inzwischen auf die Gruppe zugetreten ist, "das ist auch kein Wunder, wir haben uns nämlich fünf Jahre lang nicht gesehen..."

"Sie kennen Fräulein Pertus?" fragt der Bankier.

"Ja, natürlich!" lacht Dr. Burgdorf. "Lange, lange kennen wir uns. Wenn ich gewußt hätte, welche Mühe Sie sich mit ihrem Empfang machen, hätte ich Ihnen gewiß manche Sorge abnehmen können."

"Wir wollten Fräulein Pertus nur begrüßen und in den Kaiserhof begleiten..."

"Ach, daraus wird nichts werden", Dr. Burgdorf scheint heute ganz von Heiterkeit und Freude erfüllt. "Sagen Sie nicht böse, meine Herren, daß Sie sich umsonst bemüht haben und daß ich Ihnen jetzt Fräulein Sabine Pertus erst einmal entführe, sie wird nämlich von der Reise sein - und sie wohnt natürlich bei mir."

So natürlich scheint das den Herren nicht. Aber sie sagen nichts mehr. Ihre Verblüffung ist zu groß, sie finden keine Erklärung dafür, was das alles bedeutet. Die Sängerin, die berühmte Sängerin: sie sieht aus wie eine Dame von Welt, kein Zweifel. Aber sie kommt an, sie fällt auf offenem Platz diesem Dr. Burgdorf um den Hals. Sie wohnt bei ihm! Und er hat für ihren Empfang eine Droschke gemietet, die Droschke, in der sonst die jungen Ehepaare zur kirchlichen Trauung fahren. Nur daß jetzt das Verdeck heruntergeschlagen, daß diese Droschke offen ist. Unbegreiflich...

Es gibt eine etwas steife Verabschiedung, höfliche Worte, Entschuldigungen, Dank. Die Hoffnung, sich bald wiederzusehen.

Dann gehen die beiden Herren schweigend den Brückentorweg hinauf in die Stadt zurück. Ihre glänzend gebürsteten Zylinder funkeln.

"Die sind wir los!" sagt Dr. Burgdorf lachend. Er hilft der Sängerin in die Droschke, er legt sorgsam eine weiße Decke über ihre Knie, er legt Blumen auf ihren Schoß. Dann steigt er selbst ein, setzt sich neben sie, nimmt ihre Hand: "Daß du da bist, Sabine! Endlich! Wie lange ich auf dich gewartet habe!"

Langsam setzt sich die Droschke in Bewegung.

Und langsam gerät die kleine Stadt ins Staunen. Denn die Droschke fährt im Schritt den Brückentorweg hoch, fährt in einem lärmhaften, freudigen Trab über den Marktplatz, an der Apotheke vorbei, an dem Bankhaus Berger & Co., am Warenhaus, die Droschke wendet und fährt oben herum den Weg zurück und noch einmal im Trab über den Marktplatz in das Gewirr der Gassen hinein, am Buchhändler vorbei, an der Wohnung des Arztes Dr. Olbrich, und in der ganzen kleinen Stadt hört man den freudigen Trab der beiden wohlgenährten Apfelschimmel, das Rollen der Räder, und wie der unbewegliche Kutscher hin und wieder mit der langen Peitsche knallt.

Und die Menschen sehen verwundert auf dieses Gefährt der Freude. Sie sehen einen hell angezogenen Herrn, sommerlich fast, mit dichter, weißer Haarmähne, sie sehen eine junge Dame, die ein glückliches Gesicht macht, mit großen, leuchtenden Augen, aus denen Glück, Liebe, Freude strahlen, sie sehen, wie der Herr sich zu der Dame beugt, wie ihre Augen sich suchen und finden, sie sehen, wie seine Hand nach der ihren greift, sie hält, sie streichelt. Seltsam, wie lange die Droschke mit den Apfelschimmeln durch die Stadt rollt. Durch diese kleine Stadt, die jedes ungewohnte Geräusch auffängt und mit Neugier verfolgt, was an Unalltäglichem

hörbar und sichtbar wird. Da taucht das Gefährt auf und dort. Immer noch einmal ist es wieder da, fährt hin, wendet, fährt zurück, und der Kutscher sitzt unbeweglich, nur seine Peitsche knallt hin und wieder über den breiten Rücken der Pferde. Selbst denen scheint die Fahrt Spaß zu machen. Ihre Beine fliegen im Gleichschritt. Ihre kurz geschorenen Mähnen tanzen in der Bewegung ihrer Körper über den dicken Hülsen. Ihre seitigen Scheweife schweben auf und ab, schlagen hoch und wiegen sich mit den Leibern. Die silbernen Trensen blitzen. Ihr Geschirr funkelt.

Der Apotheker Anselm Gontenberg ist in der Tür stehen geblieben, zum dritten Male ist das Gefährt über den Marktplatz gerollt. Und plötzlich fühlt er seinen Arm von hinten umklammert. Er dreht sich um, er sieht das erregte Gesicht seiner Frau. Sie lächelt ihn an. "Dr. Burgdorf?" sagt sie gedehnt, "und wer ist die Dame?" Anselm Gontenberg antwortet nicht. In seiner Frau aber geben seltsame Dinge vor. Ihr kleines, ihr enges Herz zittert. Was wird Luzie Berger sagen, wenn sie das sieht, denkt sie. Und während eben noch ein Rest von Groll gegen diesen Dr. Burgdorf in ihr war, jetzt ist dieses törichte Gefühl ganz überschwemmt von einem anderen. Von einer reinen Schadenfreude. Wenn Luzie Berger ihn sieht, und sie wird ihn sehen, ihn und diese schöne, fremde Dame, dann weiß sie, daß ihre Hoffnungen erschellt sind, daß nichts, nichts wird aus ihren Plänen, daß sie verraten und verlassen ist, daß dieser Mann sie genarrt, sie schon verlassen hat, vergessen schon - und was dann? Ja, was dann?

Und Luzie Berger sieht das Gefährt. Sie hatte das Rollen der Räder gehört, als sie eben darüber nachdachte, welche Kleider sie zurücklassen könnte. Sie hat aufgehört. Ein ungewohntes Geräusch zu dieser mittäglichen Zeit. Und als sie es zum zweiten Male näherrollen hört, ist sie schnell ans Fenster getreten. Sie überlebt den Marktplatz. Da kommt das Gefährt. Sie preßt das Gesicht an die Scheibe. Sie legt die linke Hand fest auf

ihre Herz, das plötzlich zittert. Sie erkennt Dr. Burgdorf. Sie sieht, wie er die Hand dieser jungen Dame, die neben ihm sitzt, aufrecht, jung, schön, strahlend, für einen Augenblick an seine Lippen zieht. Sie sieht dieses fremde Glück.

Nun ist das Gefährt ganz nahe. Lärmend im frohen Trab der Pferdehufe zieht es unter ihrem Fenster vorbei. Mit einem Wehlaut sinkt die junge Frau auf ihr Ruhebett. Ihre dunklen Augen haben keinen Ausdruck mehr. Es zerbricht etwas in ihr, es tut entsetzlich weh, so als wenn einer ihr Herz in der rohen Faust zerdrückte. Sie kann nicht weinen. Sie ist plötzlich ganz leer. Und als das Gefährt zum dritten Male über den Marktplatz rollt, hält sie sich zitternd die Ohren zu. Ein trockenes Schluchzen schüttelt ihren Körper.

In diesem Augenblick tritt ihr Mann ins Zimmer. Sie springt auf. Sie starrt ihn an wie ein Gespenst.

"Was willst du hier?"

"Hast du ihn gesehen?"

Sie antwortet nicht. Sie fühlt sich zerbrochen, im Innersten verletzt. Wie er noch dastand und sie betrachtete, ohne ein klares Gefühl, in einem Gemisch aus Neugier, Furcht und kaltem Triumph, springt sie plötzlich auf und schreit: "Geh! Geh! Geh!" mit einer solchen Heftigkeit, daß der Mann erschrickt und sich abwendet.

Aber er bleibt noch einmal stehen. Er wendet sich noch einmal um.

"Sie ist ihm schon am Bahnhof", sagt er, "um den Hals gefallen, Sabine Pertus dem Dr. Burgdorf. Deinem Dr. Burgdorf", fügt er böse hinzu.

Und mit einer Bewegung seines großen Kopfes über die gepackten Koffer hin, während er schon die Tür in der Hand hat: "Glückliche Reise..."

In den Ohren der jungen Frau dröhnen die trabenden Hufe der hellen Pferde. Das Geräusch des flinken Treppens auf dem Kopfsteinpflaster wächst und füllt ihren ganzen, armen Kopf. Ohne einen Laut, so als sei plötzlich alles Leben aus ihrem Leib entwichen, sinkt sie zusammen.

(Fortsetzung folgt)